

An die Mitglieder der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich in Abstimmung mit der Vorsitzenden zur 10. Sitzung der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme)

am Montag, den 01.06.2015, um 09.30 Uhr
im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Rotenburg (Wümme) ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Genehmigung des Protokolls der 9. Sitzung vom 25.02.2015 (wurde bereits am 17.03.2015 versandt)
3. "Gesetz zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie" und "Verordnung zur Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und über bergbauliche Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie und Tiefbohrungen" (aktuelle Fassung: www.bmub.bund.de/N51452/)
 - a) Diskussion mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten Reinhard Grindel und Lars Klingbeil
 - b) Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 22.04.2015 (s. a. Anlage)
4. Untersuchungen im Umfeld von Erdgasförderplätzen
 - Sachstandsbericht des LBEG
5. Bohrschlammgruben
 - Sachstandsbericht
6. Verschiedenes / Termin für die nächste Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Lühring



(WÜMME)

LANDKREIS ROTENBURG

DER LANDRAT

Beschlussvorlage Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau Tagesordnungspunkt: ____		Drucksachen-Nr.: 2011-16/1049 Status: öffentlich Datum: 29.04.2015		
Termin	Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthalt.
11.05.2015	Kreistag			

Bezeichnung:

Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 22.04.2015: Geplante Fracking-Gesetze und deren Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt

Sachverhalt:

Der Abg. Dr. Damberg hat am 22.04.2015 den als Anlage beigefügten Antrag zur „Beratung und Information über die von der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung geplanten Gesetze zum Fracking“ gestellt.

Dieser Themenkomplex ist in der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung am 25.02. und im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung am 19.03.2015 bereits ausführlich beraten worden. Dem Kreistag wurde die Beschlussfassung einer Entschließung zum „Fracking“-Gesetzesentwurf empfohlen (siehe Tagesordnungspunkt 11).

Es ist vorgesehen, dass sich die Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung in ihrer nächsten Sitzung am 01.06.2015 erneut mit dieser Thematik befassen wird.

Zu dem vom Abg. Dr. Damberg in seinem Antrag erhobenen Vorwurf weise ich zur Klarstellung auf Folgendes hin:

Herr Dr. Damberg beantragte am 24. Februar 2015 per E-Mail die Verteilung der Stellungnahme des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Thema Fracking als Tischvorlage in der 9. Sitzung der AG Erdöl- und Erdgasförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) am 25.02.2015.

Von dem Kopieren und Verteilen dieser Stellungnahme (36 Seiten) wurde abgesehen, da die Kurzfassung dieser Stellungnahme bereits am 13.02.2015 mit der Einladung zu dieser Sitzung versandt worden war und eine Tischvorlage mit einem Umfang von 36 Seiten schlichtweg unpraktikabel erschien.

In der 9. Sitzung der AG Erdgas- und Erdölförderung wurde dieser Sachverhalt entsprechend erläutert und die Gesamtstellungnahme des BBU als Anlage zum Protokoll dieser Sitzung am 17.03.2015 versandt (s. a. Protokoll der 9. Sitzung der AG Erdgas- und Erdölförderung zu TOP 1 – 3. Absatz).

Die Stellungnahme des BBU ist über das Kreistagsinformationssystem im Internet abrufbar und deshalb nicht erneut beigefügt.

Luttmann



Kreisverband Rotenburg

Dr. Manfred Damberg
Kreistagsmitglied

Landrat des LK ROW H. Luttmann
Vorsitzender des Kreistages F. Helberg
Vorsitzender des Umwelt-A. Herrn Volker Kullik
Vorsitzende des AK Frau A. Dorsch
Kreishaus Rotenburg

Wilstedt, den 22.04.2015

Antrag an den Kreistag ROW, den Umwelt-Ausschuss und den AK Erdöl und Erdgasförderung im LK ROW

Die Bundesregierung und die Landesregierung Niedersachsen planen Gesetze, um Fracking in Niedersachsen bzw. in Deutschland für die Gaskonzerne rechtlich möglich zu machen. Wir müssen deshalb in den Gremien auch die kritischen Stimmen und Argumente diskutieren und die Bürger darüber informieren.

Ich beantrage deshalb, über die Gremien öffentlich über diese Punkte sachlich und fair zu diskutieren und zu informieren. Die Linke ROW und auch der Verein „gegen Gasbohren im LK ROW e.V.“ haben sich den Argumenten des BBU und anderer 80 Organisationen angeschlossen. Ein Teil dieser Organisationen hat uns gebeten, diese kritischen Argumente auch in unserem LK ROW mit den Bürgern öffentlich zu diskutieren.

Die Fracking-Technologie greift in viele Bereiche unserer Umwelt und unseres Lebens ein. Alle diese Bereiche wie,
Wasserhaushaltsgesetz,
Bundes-Naturschutzgesetz,
Grundwasserverordnung,
Umweltschadensgesetz,
Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben,
der Allgemeinen Bundesbergverordnung,
des Bundesberggesetzes und der Einwirkungsbereichs-Bergverordnung.

werden hier tangiert und müssen entsprechend Beachtung finden.

Der detaillierte Text befindet sich im Anhang.

Außerdem möchte ich darauf verweisen, dass ich diesen Antrag schon einmal an den AK Erdgas/ und Erdöl, Herrn Gert Engelhardt, gestellt hatte und dieser bisher ohne Resonanz blieb, was ein Unding für eine „neutrale“ Verwaltung ist. Eigentlich sollte eine neutrale Verwaltung von sich aus gemäß Ihrer Aufgaben und Pflichten ein Interesse an einer vollständigen Information der Anwohner und Bürger haben.

Es folgt Seite 2 des Antrages
Seite 2 des Antrages von Dr. Damberg-Die Linke-

Begründung:

Die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt durch Fracking-Maßnahmen sind verheerend. Es steht zu befürchten, dass durch weitere Maßnahmen unser Grundwasser noch weiter belastet wird. Die Stellungnahmen des BBU(Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz) zu den einzelnen betroffenen Bereichen sind gut verständlich dargestellt und zeigen auch die Auswirkungen dieser Technologie unverblümt auf.

Ich beantrage deshalb, im Kreistag und den o.g. Gremien diesen von mir beantragten TOP öffentlich zu diskutieren und die Bürger über mögliche negative Auswirkungen zu informieren.

Unsere Pflicht als Kreistagsabgeordnete ist es jeglichen Schaden von den Bewohnern fernzuhalten und ich als Fachmann kann Ihnen nur empfehlen hier sorgfältig vorzugehen. Wenn krebserzeugende Stoffe in einem Arbeitsprozess entstehen oder eingesetzt werden, muss man zwangsläufig davon ausgehen, dass eine hohe Krebsgefahr bei den betroffenen Mitarbeitern oder Anwohnern besteht.. Hier muss das Vorsorgeprinzip stärker beachtet werden, da ja auch die übernormalen Tumorraten in der SG Bothel zeigen.

Dr. Manfred Damberg
Kreistagsabgeordneter gem. NKomVG